

ganß kleiner Theil aufrecht steht. Im nächsten Frühjahr wird mit der Anlage des großen Stadtparkes auf den gewonnenen fortificatorischen Grundstücken begonnen werden, und man giebt sich der Hoffnung hin, daß die neue Anlage, welche eine wahre Zierde Prags zu werden verspricht, im Laufe eines Jahres vollendet sein wird. Infolge der Stadterweiterung werden die Vorstädte Karolinenthal, Smichow, Bzkow und Neu-Prag in den eigentlichen Stadtrayon einbezogen, wodurch die Gesamtbevölkerung Prags auf über 200,000 Köpfe steigt. — Am verflossenen Sonntag ist der Landesprälat und Abt des Cistercienserstiftes Osegg, P. Salesius Mayer, Professor der Moralthologie und gewesener Rector der hiesigen Universität, einer der gelehrtesten und freisinnigsten katholischen Priester in Böhmen, im Alter von 60 Jahren verschieden. Er stimmte als Inhaber einer Virilstimme im böhmischen Landtage im Jahre 1874 mit der Verfassungspartei und war zur Zeit des vaticanischen Concils vom hiesigen Erzbischof Cardinal Fürsten Schwarzenberg nach Rom berufen worden.

Peßh. In einer am 24. d. M. abgehaltenen Conferenz der liberalen Partei wurden nach einer Ansprache des Präsidenten Gorové 5000 Gulden für das Deak-Monument subscribirt.

Dänemark.

Alle neueren dänischen Gesetze enthalten die Bestimmung, daß sie, wenn sie fünf Jahre lang in Kraft gewesen, dem Reichstage zur nochmaligen Prüfung und erforderlichen Abänderung vorzulegen seien. Dieses ist denn auch mit dem Gesetz von 1867, welches die Wehrordnung für Landheer und Marine eingeführt hat, 1872 geschehen. Aber das Folkething verwarf sofort die Regierungsvorlage und stellte ein eigenes Heergesetz auf, das sich in einer ganz anderen Richtung bewegte. Die Regierung wollte den Kern des Heeres gestärkt wissen; die vereinigte Linke des Folkethings suchte im Gegentheil diesen Kern zu schwächen und die feste Ordnung des Heeres zu einem Milizsystem zu lockern. Da die Regierung hierauf nicht eingehen konnte, unterblieb die Revision des Gesetzes von 1867. In den darauffolgenden Jahren wiederholte sich dasselbe Spiel. Viermal stellte die Regierung ihre Anträge, viermal setzte das Folkething denselben unannehmbare Vorschläge entgegen, und in Heer und Marine blieb Alles beim Alten. In diesem (fünften) Jahre legte die Regierung das Gesetz zuerst dem Landstthing vor, und dieses nahm es mit einigen unwesentlichen Veränderungen an. Das Folkething aber hat es, wie bereits gemeldet, rundweg abgewiesen, „weil mit dem derzeitigen Ministerium gar nichts zu vereinbaren sei“.

Frankreich.

Paris, 25. Nov. (R. Z.) Von ungefähr 500 Offizieren, welche sich zur Prüfung für die neue französische Ober-Kriegsschule meldeten, kamen nur 80 durch; die Examinatoren waren sehr streng; fast alle selbst von Generalen und Obersten empfohlene Offiziere fielen durch. — Die französischen Bischöfe haben ihre Pfarrer aufgefordert, allen Recruten ihrer Gemeinden Empfehlungsschreiben an die Garnisongeistlichen mitzugeben und letzteren zugleich die Namen der Empfohlenen mitzutheilen, damit sie die Leute aufsuchen, wenn diese allenfalls die Empfehlungsschreiben in der Tasche behalten. Man will dadurch verhindern, daß die Recruten sich der Ueberwachung der Kirche entziehen. — Die Frage Betreffs der Begünstigungen der Mitglieder der Ehrenlegion beschäftigt alle politischen Kreise im höchsten Grade; die Republicaner scheinen bis jetzt nicht nachgeben und im Nothfalle gegen das Cabinet stimmen zu wollen. Die „Republique Française“ äußert, daß wenn der Marschall Mac Mahon, wie die clericalen Blätter andeuten, sich wirklich zum Werkzeug einer gewissen Fraction machen wolle, weder das Cabinet noch die Mehrheit, ungeachtet ihrer versöhnlichen Gesinnungen, unter solchen Bedingungen leben könne; wenn das Ministerium fallen und die Befürchtung der „Debatz“ in Erfüllung gehe, also der Marschall einer Mehrheit von 350 Mitgliedern mit einem Minderheits-Ministerium antworten werde, so falle die Verantwortlichkeit auf diesen. Das „Journal des Debats“, welches als Organ von Léon Say weiß, daß der Marschall nicht nachgeben will, warnt nochmals, um zu verhindern, daß eine Regierungskrise entstehe. — Von der Linken und dem linken Centrum wird in der Frage wegen der Begünstigungen eine Vereinbarung gesucht. Gambetta wirkt für Vertagung der Frage, um eine Cabinetkrisis zu verhüten.

[Zur Ausstellung.] Das ablehnende Verhalten der deutschen Regierung gegenüber der Ausstellung von 1878, welches im

ersten Augenblicke einen Sturm von Entrüstung hervorrief, wird allmählich ruhiger beurtheilt. Der „Köln. Ztg.“ schreibt man in dieser Beziehung: „Daß die deutsche Regierung sich ablehnend gegen die Ausstellung verhält, wird hier begreiflicher Weise unangenehm empfunden. Indessen nicht von Allen; manche französische Politiker, darunter einige hervorragende, sind Gegner der Ausstellung; andere denken, daß das ganze Project trotz aller gegentheiligen Versicherungen noch ins Wasser fallen könnte, wenn Europa durch einen Krieg beunruhigt wird. Uebrigens hofft man, daß die Ablehnung officieller Mitwirkung von Seiten der Regierung die private Betheiligung deutscher Aussteller nicht verhindern werde.“

Großbritannien.

London, 25. November. Die Königin ist in Windsor angekommen, und wird dort einige Wochen verbleiben, ehe sie nach Osborne übersiedelt. — Der Gouverneur von Britisch Guiana, Sir J. R. Longden, ist zum Gouverneur von Ceylon ernannt worden, dessen bisheriger Gouverneur Sir W. S. Gregory mit Anfang des neuen Jahres zurücktritt. Der Ober-Gouverneur der westafrikanischen Ansiedelungen, Mr. Kortright, wird Gouverneur von Britisch Guiana, der Verwalter von Gambia, Mr. Samuel Rowe, wird Ober-Gouverneur der westafrikanischen Ansiedelungen. Der bisherige Vice-Gouverneur von Grenada, Mr. Sanford Freeling, wird Gouverneur der Goldküstencolonie.

— Die „Ball Mall Gazette“ veröffentlicht ein bisher unbekanntes Erkenntniß des Präsidenten des Schatzammergerichts Kelly im „Franconia“-Fall, welches das offene Meer für alle Staaten gleich offen erklärt. Das Jurisdiktionsrecht Englands über Ausländer sei gänzlich unhaltbar, allein durch ein diplomatisches Abkommen sei ein Zugeständniß der betreffenden fremden Staaten zu erlangen.

Spanien.

Madrid, 22. Novbr. Der Kriegsminister hat den Cortes einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bezweckt. Das stehende Heer soll mindestens 100,000 Mann stark sein. Die Dienstzeit ist auf acht Jahre angenommen, wovon vier auf den Dienst bei der Fahne, vier auf den Dienst in der Reserve entfallen.

— 23. November. (Köln. Ztg.) Das Ereigniß des Tages ist das Ausscheiden des Herzogs de la Torre aus der constitutionellen und seine muthmaßliche Vereinigung mit der radical-republicanischen Partei. Serrano hatte sich schon seit einiger Zeit sehr kühl gegen seine bisherigen politischen Freunde gezeigt. Während diese danach strebten, innerhalb der nun einmal bestehenden Monarchie die liberalste Gruppe zu bilden, scharten sich um den Herzog mehr und mehr Elemente, die mit der jetzigen Ordnung der Dinge keinen Ausgleich versuchen wollen und auf vollständige Umwälzung ausgehen.

— 24. November. Nach einer längeren Debatte über die kriegerischen Ereignisse in Cuba hat die Kammer das Tadelsvotum gegen den Kriegsminister verworfen. — Der „Imparcial“ meldet, daß in einem Kampfe, den der General Martinez Campos 8 Kilometer von San Juan de los Remedios auf der Insel Cuba den Insurgenten lieferte, die Letzteren 300 Mann Tode, Verwundete und Gefangene verloren haben. Ferner haben die Insurgenten auf der Flucht 8 Munitions- und Fouragewagen im Stich gelassen.

Rußland.

Petersburg, 24. November. Ueber die beiden Seitens des russischen Reichscanzler-Amts veröffentlichten Documente schreibt die russische „Petersb. Ztg.“: „Die politische Bedeutung dieser beiden Documente dient als neuer überzeugender Beweis für die friedliebende Politik des Petersburger Cabinets. Bei dem Lesen dieser beiden Documente wird sich Europa überzeugen, wie weit entfernt die russische Politik von dem kriegerisch provocirenden Charakter ist, welchen ihr Lord Beaconsfield verleihen wollte. Die Depesche des Fürsten Gortschakoff, als Antwort auf die Note des Grafen Derby an den englischen Botschafter in Petersburg, Lord Loftus, legt in ihren Folgerungen, deren Wahrheit und Logik keinem Zweifel unterliegen, außerordentlich klar die politische gegenwärtige Sachlage dar, und weist auf kategorische Weise die gegen Rußland geführten Beschuldigungen zurück, als ob es unter dem Deckmantel der Sympathie für die Leiden der Orient-Christen nur seine Eroberungspläne zu verwirklichen suche.“

daß
m äß
Arme
wird
Feldz

wird,
sein
Stad
sind
von
balkan

gemell
Gold
Christi
die G
gans
mand
Ordn
Scener
wunde

des
eines
suchen

Frei
slavisch
von de

W
Das
ung
zu § 2

„Die
nicht au
Partei

tion od
— Im
von A

aus mo
erstatte
womit

mission
bildet di
nung

Commis
a bis f,
werden

„Gericht
stand ist
bare Han

„der G
halt eine
gilt, som

dacteurs,
an dem
— Refer
nicht geld
Rückficht
man geg
wortung
seien auc
mit der g
der Frage
etzelner